



AGGB - Aktionsgruppe Gleichstellung Bayern

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland

Herrn Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1

10557 Berlin

München, 19. November 2023

Ihre Stellungnahme zur Prostitution am 15.11.2023, offener Brief, vorab per Mail

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, lieber Genosse Scholz,

unsere Aktionsgruppe Gleichstellung Bayern (AGGB) ist klein, aber bestens in der Umwelt - , Eine-Welt - und feministischer Szene vernetzt. Mit großer Freude haben wir Ihre deutliche Positionierung gegen Prostitution und Menschenhandel vernommen und möchten Sie bitten, diese, von der deutschen Gesetzgebung maßgeblich mitverursachte, Menschenrechtsverletzung zur Chefsache zu machen.

Manch besserverdienende, (aus)gebildete Frau in der Prostitution mag freiwillig ihren Körper anbieten und mithilfe des Gesparten wieder aussteigen können. Sie bestimmt das Leitbild für die deutsche Prostitutionspolitik (PG 2002). Hinter der legalen Kulisse aber verbirgt sich das reale Leid-Bild im Dunkelfeld, sichtbar nur für die, die nicht bewusst wegsehen wollen:

Die große Mehrheit der Prostituierten wird durch Erpressung, Drogenabhängigkeit, Obdachlosigkeit, Flucht, Missbrauch in der Kindheit oder nackte Gewalt gezwungen, ihren Körper für die Penetration in alle Körperöffnungen zur Verfügung zu stellen. Viele besitzen nicht mal ein Konto, geschweige denn eine Wohnung, werden von Zuhältern von Stadt zu Stadt gekarrt. **Der Fall Ioanna löste vor einigen Jahren in Rumänien einen Skandal aus**, nicht so in Deutschland, zu gewöhnlich war ihr Schicksal hier: Zur Prostitution gezwungen, wurde sie von ihrem Zuhälter ins Koma geprügelt. Nach 5 Jahren Leiden verstarb sie. Schon Jugendliche versuchen sich als Hobby-Zuhälter. Von ihrem „Freund“ an ein Bordell verkauft, wurde die 21-jährige **Andrea K. 2020 lebend mit einer Betonplatte in der Weser versenkt**, weil ihr Körper wegen ihrer psychischen Erkrankung nicht mehr verwertbar war. Einzelfälle? Mitnichten! **Über 100 Morde an Frauen in der Prostitution verzeichnet die NGO „Sex Industry Kills“** seit Einführung des PG. In Schweden gab es im gleichen Zeitraum keinen einzigen Fall.

Die Bio-Toiletten auf der Kurfürstenstraße in der Hauptstadt sind ein für alle Welt sichtbares Zeichen von Versagen – nicht nur der Kommunalpolitik des Bezirks. Sie bilden aus unserer Sicht einen Tiefpunkt der Zivilisation. Angesichts dessen schämen wir uns, Deutsche zu sein.

Das bereitet und große Sorgen: Die Justizministerkonferenz der Länder erwägt die Abschaffung von Strafen für Frauen, die in den Sperrbezirken der Prostitution nachgehen, weil diese oft aus Notlagen und Zwang heraus handelten. Das war immer unsere Position und ist eine klare Widerlegung des Narrativs von der „selbstbestimmten Dienstleistung“. Ist es nicht die Schutzpflicht des Staates, die Zwangslagen durch eine Bestrafung der Freier zu beseitigen? Sind nicht massenhafte Klagen gegen den Staat die mögliche Folge der Unterlassung? Stattdessen wird der Pro-Prostitutions-Lobby nicht nur in Kommunen in tiefster

Provinz immer noch Gehör geschenkt. **Jetzt will die Lobby die Sperrbezirksregelungen unter dem Vorwand der „Sexualassistenz“ für Altenheimbewohner kippen lassen. Dies würde dem Menschenhandel noch weitere Spielräume eröffnen, die der Ermittler aber weiter einengen.** Eine Handvoll Lobbyistinnen fürchten um ihre optimierten Geschäftsbedingungen und treten sehr lautstark als „Stimme der Betroffenen“ auf, sie suchen erfolgreich die Nähe zu Politiker*innen mit wenig Erfahrung oder wenig sonstigem Background und vertreten doch nur die Interessen der Profiteure, zu denen sie als „weiße“, besserverdienende Studiobetreiberinnen selbst zählen. Im ihrem größten Mitgliedsverband sind keine 0,3% organisiert. (Bei 250.000 geschätzten Frauen in der Prostitution, von denen 90 – 95% als Opfer von Menschenhandel gelten.) Je kleiner die Minderheit, desto mehr Gehör wird ihnen geschenkt? Die Politik sollte lieber mit Aussteigerinnen wie Sandra Norak und Huschke Mau sprechen.

Eine Gesetzesänderung in Hinblick auf eine menschenrechtsbasierte Prostitutionspolitik wäre dringend geboten. Aber wie ist Deutschland personell und ideell aufgestellt? Frau Bär gebührt große Anerkennung, denn sie hat genau die richtigen Fragen gestellt.

Wie passiv Deutschland dem Menschenhandel, der zu über 2/3 der sexuellen Ausbeutung dient, begegnet, habe ich selbst beispielhaft im April dieses Jahres als NGO-Vertreterin auf der 23. Konferenz der Allianz zur Bekämpfung des Menschenhandels der OSZE in Wien beobachten können. Von der Vertreterin Deutschlands, einer Referentin des BMFSFJ, Referat 402, zuständig für das Thema Menschenhandel und Prostituiertenschutzgesetz, kam kein Redebeitrag. Eine Referatsleitung, angesiedelt unter dem Bereich Gleichstellung: **Ist das etwa die „hochrangige Repräsentanz“, die die OSZE zu Recht für die Bekämpfung des Menschenhandels fordert?**

Andere Staaten hatten ihre Justizministerinnen geschickt, Großbritannien Theresa May, die, wie auch die spanische Justizministerin, eine flammende Rede hielt. Osteuropäische Staaten haben ihr Leid geklagt. Der allgemeine Eindruck: **Offenbar fühlt sich Deutschland als ein Hauptverursacher des europaweiten Menschenhandels nicht so recht zuständig.**

Dabei gälte es, wie viele Teilnehmer-Staaten auf der OSZE- Konferenz versicherten, und internationale Abkommen seit langem fordern, die Nachfrage einzuschränken, wie Schweden, Frankreich und immer mehr Länder es vormachen, demnächst wohl auch die Sozialisten in Spanien. Aus dem Nordischen Modell wird ein Westliches und Deutschland findet sich mit seiner rückwärtsgewandten, anti-feministischen Politik an den Rand gedrängt. Dabei setzt sich die Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier seit langem für Reformen ein. Unsere Bayerische SPD Europa-Abgeordnete **Maria Noichl hatte am 14.09.23 Bericht,** gegen die Stimmen von Grünen und AfD einen großen Erfolg mit Ihrem Bericht im Europa Parlament. Ihr Fazit: **Prostitution ist gegen die Menschenwürde und Gewalt gegen Frauen! Das Positionspapier der CDU/CSU Fraktion im Bundestag bildet einen weiteren wesentlichen, unübersehbaren Meilenstein.** Die Zeit war reif dafür:

Im Juni 2023 kam zuvor schon **das verfassungsrechtliche Gutachten Mack/Rommelfanger** zu dem Schluss, dass das Prostitutionsgesetz von 2002 verfassungswidrig sei, weil der Würdeschutz nicht in Betracht gezogene wurde. Seit der Spiegel in Heft 24/2023 in einer sechsseitigen Reportage („Wir werden uns schämen!“) berichtete, wird auch die öffentliche Unterstützung für eine menschenrechtsbasierte Prostitutionspolitik immer größer.

All diese Versäumnisse deutscher Politik sind nicht Ihnen anzulasten, verehrter Herr Bundeskanzler. Sie waren gleich zu Beginn Ihrer Amtszeit mit schwerwiegenden Entscheidungen zur nationalen Sicherheit

befasst. Aber jetzt ist die Zeit reif für einen historischen Paradigmenwechsel. **Zurückdrängen, wie Sie es vorschlagen, lässt sich die Prostitution mit alle ihren kriminellen Begleiterscheinungen nur durch eine drastische Reduktion der Nachfrage, also ein Sexkauf-Verbot.**

An den Vorgaben aus dem Europa Parlament, der Oppositionsfraktion und der Verfassung werden sich nicht nur Ihre Regierung, sondern auch die SPD-Fraktion im Bund und die gesamte Partei messen lassen müssen: **Kann es ernsthaft sozialdemokratische Politik sein, für die optimierten Geschäftsbedingungen einer kleinen Gruppe von vielleicht 10% von Besserverdienenden in der Prostitution das große Elend der 90% Menschenhandelsopfer als Kollateralschaden hinzunehmen?**

Das Thema Prostitution rührt an die Grundfesten unserer Gesellschaft, an die Basis des Zusammenlebens von Mann und Frau. Dieses darf nicht dem Verwertungsinteresse der (Schatten)-Wirtschaft unterworfen werden, denn es gibt Grenzen, die der Würdeschutz des GG definiert. Und solange manche Politikerinnen und Politiker immer noch das zynische Narrativ von der „Sexarbeit“ bedienen, erscheint uns „feministische Außenpolitik“ als absurde Anmaßung.

Daher unsere Bitten an Sie:

- Behandeln Sie das Thema Prostitution und Menschenhandel als Chefsache, mit regelmäßiger Berichterstattungspflicht.
- Entziehen Sie dem überforderten Familienministerium die Zuständigkeit, da die Ministerin ausdrücklich bis zum Ende der Evaluation des Prostituiertenschutzgesetzes 2025 untätig bleiben möchte. (Ist es nicht reine Beschäftigungstherapie, ein Gesetz zu evaluieren, an das sich nur 10% der Betroffenen halten? Das relevantere Dunkelfeld kann von der Studie kaum erfasst werden.)
- Veranlassen Sie die Bildung eines interministeriellen Teams (Gesundheit, Soziales, Arbeit, Justiz, Menschenrechte) das im Innenministerium koordiniert wird, denn Prostitution schwerste Auswirkungen auf alle genannten Bereiche und findet in den meisten Fällen im Rahmen von Kriminalität und Gewalt statt.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass das Thema Prostitution und Menschenhandel zukünftig auf Bundesebene die Repräsentanz bekommt, die es angesichts der verheerenden Schäden, die es in ganz Europa anrichtet, verdient. Der Image Schaden Deutschlands wird angesichts der Reformbemühungen der westlichen Partner immer größer.
- Gesundheit ist ein Menschenrecht. Der Staat ist daher insbesondere verpflichtet, Kinder aus dysfunktionalen Familien und Opfer von Missbrauch vor einer zukünftigen Ausbeutung in der Prostitution zu schützen. Das erfordert einen multidisziplinären, proaktiven Ansatz.
- Leiten Sie einen historischen Paradigmenwechsel ein: Setzen Sie sich für das Nordische Modell ein, vor allem für eine bundesweite Freier Bestrafung. Denn die Nachfrage schafft den Menschenhandel.

Verehrter Herr Bundeskanzler, wir nehmen Ihre Aussagen, die Prostitution zurückzudrängen, als Versprechen. Vor allem Sie haben die Gestaltungsmacht, den historischen Paradigmenwechsel im Sinne einer menschenrechtsbasierten europäischen Politik einzuleiten. Wir bedanken uns schon jetzt für Ihre Bemühungen und wünschen Ihnen viel Erfolg!

Mit vorzüglicher Hochachtung und freundlichen Grüßen

Silvia Reckermann, AGGB-Sprecherin